

Bericht des Bundesdatenschutzbeauftragten BPT 2017.2 (Regensburg)

Ich wurde gebeten, der Versammlung zu berichten und möchte gleich mit der Ansicht aufräumen, dass der DSB nur dem Vorstand berichtet. Das ist ein Terminus, der im Gesetz steht und nichts weiter bedeutet, dass ein DSB in jedem Fall einen Zugang zur Leitung einer Organisation hat.

Sofern die Vertraulichkeit nicht verletzt wird, darf er natürlich auch einer Mitgliederversammlung berichten.

Ansonsten wird das hier ein kurzer Bericht.

Seit dem Bundesparteitag in Wolfenbüttel hat sich zunächst einiges getan, was zur Hoffnung Anlass gab, dass es einen anderen Umgang mit dem DSB und seinen Stellvertreter gibt.

Durch Rücktritt des zuständigen Bundesvorstandsmitgliedes folgte ein Break und eigentlich tat sich nichts mehr.

Weder wurde der Handlungskatalog vom Februar 2016 abgearbeitet, noch gibt es eine Kommunikation mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten die nennenswert wäre. Ebenso sind werden ihm nachhaltig alle Prüfmöglichkeiten verwehrt. Wenn etwas geprüft werden könnte, muss sich der DSB öffentlich zugänglicher Quellen bedienen.

Es gab einige relevante Datenschutzvorfälle, deren Gehalt – ob sich es dabei um gravierende oder harmlose handelt – nicht geprüft werden konnten, weil dem DSB keinerlei Zugang zu den Daten bzw. den Speichern gewährt wurden. Ebenso wenig erhält der DSB Informationen über beim Vorstand eingehende Problemfälle.

Einzig ausnehmen möchte ich die Bundesschatzmeisterei, die immer den Kontakt gesucht hat, wenn es notwendig war. Fragen konnten immer kurzfristig und vollständig geklärt werden.

Schon recht frühzeitig hat der DSB auf die enormen Anforderungen der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung hingewiesen, die in einem guten halben in Kraft tritt. Die Reaktion, wenn überhaupt von einer solchen sprechen kann, war eher „reine Panikmache“.

Fakt ist, dass die Piratenpartei nach meinem Kenntnisstand in keiner Art und Weise auf die neuen Anforderungen im Datenschutz vorbereitet ist. Mir ist schleierhaft, wie das in der noch verbleibenden Zeit erledigt werden soll.

Regensburg, 21.10.2017

Sebastian Krone